

Determinanten der Beschäftigung – die makroökonomische Sicht

Workshop des IWH und IAB am 15. und 16. November 2004 in Halle

Der Weg aus der Arbeitsmarktkrise – da sind sich alle einig – führt nur über mehr Beschäftigung. An welchen Hebeln kann man ansetzen, was sind die Determinanten der Beschäftigung? Die makroökonomische Sicht darauf stand im Mittelpunkt eines Workshops, den das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) gemeinsam am 15. und 16. November 2004 in Halle veranstaltet haben.

In dem Workshop ging es zunächst um die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung. Hier wurde empirische Evidenz zum Einfluss von Lohnentwicklung und Institutionen, von Geldpolitik und außenwirtschaftlicher Verflechtung präsentiert. In einem zweiten Block wurde anhand aktueller Beispiele der Zusammenhang von Abgabenkeil und Beschäftigung diskutiert.

Im großen Konferenzraum des IWH trafen sich rund 50 Wissenschaftler/-innen zum Gedankenaustausch – um Ursachenforschung zu betreiben und ihre wissenschaftlichen Methoden zu diskutieren, aber auch, um über Wege aus der Krise und den Nutzen ihrer Ergebnisse für die Politikberatung nachzudenken. Die Umsetzung der wissenschaftlichen Befunde in



politisches Handeln muss letztlich Ziel der gemeinsamen Bemühungen um Problemlösungen bleiben.

Die inhaltliche Gestaltung und Moderation des zweitägigen Workshops hatten Susanne Koch (IAB) und Christian Dreger (IWH) übernommen.

„Der Austausch zwischen Makroökonomien muss intensiviert werden.“ Susanne Koch und Christian Dreger managen den Workshop.

Auf den folgenden Seiten finden Sie einen Überblick über die einzelnen Beiträge. Die überarbeiteten Vorträge des Workshops werden in einem Tagungsband voraussichtlich Anfang 2005 veröffentlicht. Das IAB wie das IWH werden darüber auf ihren Internet-Seiten berichten.

In seiner „**Begrüßung und Einführung in den Workshop**“ formulierte **Ulrich Walwei** (IAB) Thesen zu den Ursachen der anhaltenden Arbeitsmarktkrise. Die hohe Arbeitslosigkeit führte er insbesondere auf die anhaltende Wachstumsschwäche, die zu niedriger Beschäftigungsintensität des Wachstums und den stockenden Aufholprozess in Ostdeutschland zurück.

*„In Deutschland fehlen 7 Mio. Arbeitsplätze“
Ulrich Walwei bringt das Problem auf den Punkt.*



Gebhardt Flaig (ifo) referierte über „**Die Bedeutung der Lohnentwicklung für die Beschäftigungsschwelle**“. Neue Analysen zu einem alten Thema zeigen den Einfluss



*Gebhardt Flaig kennt den Zusammenhang:
„Wenn Löhne weniger steigen, ist die
Beschäftigungsschwelle niedriger.“*

der Faktorpreisentwicklung auf die Höhe der Beschäftigungsschwelle. In der langfristigen Perspektive wurde deutlich, dass die Beschäftigungsschwelle seit 1970 merklich zurück gegangen ist – sowohl für die Erwerbstätigen als auch für das Arbeitsvolumen.

In seinem **Korreferat** wies **Gerd Zika** (IAB) darauf hin, dass Forschung über die Analyse hinaus bis hin zur Politikberatung gehen muss: Es stellt sich hier die Frage, ob die Beschäftigungsschwelle aktiv beeinflusst werden kann und wenn ja, wie? Beide waren sich einig, dass es weiteren Forschungs-

bedarf gibt und dass die Beschäftigungsschwelle nur *ein* Indikator in einem komplexen Gefüge ist, der zudem in seiner Bedeutung oft überschätzt wird.

„**Der Einfluss von Institutionen des Arbeitsmarktes auf die Beschäftigungsentwicklung in der Europäischen Union**“ war das Thema von **Christian Dreger** (IWH).

Er ging von der These aus, dass Arbeitsmarktinstitutionen möglicherweise selbst Arbeitslosigkeit verursachen, indem sie die Anpassung an strukturelle Änderungen oder Schocks verhindern. In einem internationalen Vergleich zeigt sich, dass (Über-)Regulierungen die Beschäftigungsentwicklung durchaus beeinflussen, aber nicht allein dafür verantwortlich sind. Der Einfluss muss empirisch ermittelt werden; dabei sind Einflussgrößen wie Kündigungsschutz, aktive Arbeitsmarktpolitik, Koordinierung von Lohnverhandlungen oder die Steuerbelastung der Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

Im **Korreferat** von **Christian Gaggermeier** (IAB) wurde die Notwendigkeit von theoretischer Fundierung der Schätzgleichungen angemahnt.

Um die Effekte von Zinsschocks ging es in dem Vortrag **„Zinsen und Konjunktur in Deutschland. Empirische Evidenz auf Basis eines VAR Modells“** von **Boris Hofmann** (Deutsche Bundesbank). Das verwendete VAR-Modell (Vektor Autoregressives Modell) ist ein Mehrgleichungsmodell, in dem alle Variablen endogen sind und aus den Vergangenheitswerten der anderen Variablen erklärt werden. Darüber hinaus wurden in der Simulation mit einem Bundesbankmodell Effekte der Zinsentwicklung analysiert. Das Fazit: Die monetären Rahmenbedingungen scheinen für Deutschland gegenwärtig nicht restriktiv zu sein; die quantitativen Ergebnisse hängen stark vom verwendeten Modell und dem Referenzszenario ab.



„Warum reagiert der Konsum in Deutschland viel schwächer auf einen Zinsschock als etwa in den USA?“ Für Boris Hofmann (li.) und Axel Lindner gab es viele offene Fragen.

Axel Lindner (IWH) ging in seinem **Korreferat** auf das Ausmaß der Wirkungen ein, wies auf die Grenzen des VAR-Modells hin und erörterte die Plausibilität der Ergebnisse.

Roland Döhrn (RWI) sprach über **„Weltwirtschaftliche Einflüsse auf die Beschäftigung in Deutschland – Was hat sich geändert?“** Mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells wurden



„Vielleicht steckt der Einfluss schon im Welthandel?“ Roland Döhrn hat seine Zweifel.

Effekte einer dauerhaften Erhöhung des Welthandels um 10 Prozent simuliert. Dabei wurde die Reaktion des Exports („kaum“), des BIP („wenig“), der Beschäftigung („relativ wenig“) und des Imports („etwas mehr“) untersucht. Auf den ersten Blick scheint demnach die Globalisierung weniger Einfluss auf die deutsche Wirtschaft zu haben als oft unterstellt. Weiteren Untersuchungen muss vorbehalten bleiben, dieses sicher überraschende Ergebnis genauer zu prüfen.

Hans-Eggert Reimers (Hochschule Wismar) ging in seinem **Korreferat** auf das verwendete Modell und die einzelnen Analyseschritte ein.

Befunde zur Situation „**15 Jahre nach dem Fall der Mauer – Einkommen und Finanzkraft**“ präsentierte **Martin Koller** (IAB): „Finanzierungslücken im Einigungsprozess wurden über Neuverschuldung, nicht zuletzt aber durch die Erhöhung der Sozialabgaben und damit der Lohnnebenkosten gedeckt. Verluste bei Beschäftigungsvolumen und Lohnsummen wurden damit in Kauf genommen – und dies in einer Situation, in der Deutschland mit der Öffnung der Märkte einer stärkeren Standortkonkurrenz mit Niedriglohngebieten ausgesetzt war.“ Zunächst wurde das Basis-konzept des IAB zur Messung von Beschäftigungsvolumen und Lohnsummen erläutert, dann über die Folgen der immensen Transferleistungen nach der deutschen Vereinigung referiert. Ein Fazit von Martin Koller: „Ohne eine Steigerung von öffentlichen und privaten Investitionen ... können weder Beschäftigungs-, noch Einkommens-, noch Finanzkraft-Gewinne nachhaltig erreicht werden.“

In seinem **Korreferat** ergänzte **Joachim Ragnitz** (IWH) die Ausführungen zu den Ursachen für die Situation im Osten und nannte „verschleppte Reformen“ als eigentlichen Grund für die Beschäftigungsprobleme in ganz Deutschland.



„Wer nicht begreift, dass Arbeitslosigkeit der Saldo aus Angebot und Nachfrage ist, macht aus Opfern Täter. Wir haben ein Arbeitsplatzdefizit!“

Martin Koller legt sich ins Zeug.

Die „**Beschäftigungseffekte der deutschen Steuerreform 2000 – Ergebnisse einer Mikrosimulationsstudie**“ stellte **Peter Haan** (DIW) vor. In der Simulation wurde das Haushaltseinkommen von knapp 40 Mio. Haushalten vor und nach der Steuerreform analysiert – in Ost und West, für Paar-Haushalte, für allein stehende Frauen und allein stehende Männer. Die Ergebnisse zeigen, dass die Haushalte von der Steuerreform profitieren und dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Einkommen und Arbeitsangebot gibt. Bei einer unterstellten Lohnkürzung um 2 Prozent würde etwa die Hälfte des zusätzlichen Arbeitsangebots in Beschäftigung umgesetzt.



Insbesondere zu diesem letzten Punkt gab es kritische Anmerkungen im **Korreferat** von **Michael Feil** (IAB), weil die gesetzte Lohnreaktion nicht realistisch sei.

Peter Haan rechnet vor: „Die Steuerreform wird nicht nur dazu führen, dass mehr Menschen arbeiten wollen. Sie werden auch länger arbeiten.“

Michael Feil und **Gerd Zika** (IAB) stellten in ihrem Vortrag die Fragen „**Beitragssätze runter, Beschäftigung rauf? Was bringt eine Abgabensenkung?**“ Die erste Frage könnte man mit einem klaren „ja“ beantworten – wenn da nicht die Gegenfinanzierung wäre. Und darauf kommt es entscheidend an! Das belegten die Referenten eindrucksvoll mit vielfältigen Simulationen einer Senkung der Sozialabgaben um 1 Prozent. Dazu wurden zwei Kreislaufmodelle (IAB/RWI- und IAB/Inforge-Modell) und ein Gleichgewichtsmodell (Pace-L) verwendet sowie verschiedene Finanzierungsvarianten untersucht. Das Fazit der Referenten: „Die Senkung der Sozialabgaben allein ist nicht der Ausweg aus der Beschäftigungskrise, aber sie kann einen Beitrag zum Aufbau von Beschäftigung leisten. Die Simulationen zeigen auch, dass die Ergebnisse nicht nur vom verwendeten Modell, sondern auch von der konkreten Ausgestaltung der Abgabensenkung ... und wichtigen Annahmen ... abhängen.“



„Simulationsergebnisse mit makroökonomischen Modellen müssen erklärt werden (können).“ Da sind sich Gerd Zika (li.) und Michael Feil einig.

Heinz Peter Galler (MLU) folgert in seinem **Korreferat**: „Die Umfinanzierung der Sozialversicherung hat insgesamt vermutlich eher geringe Beschäftigungseffekte, soweit sich kompensierende Lohn- und Preiseffekte ergeben. Die europäische Währungsunion hat den außenwirtschaftlichen Rahmen verändert und führt eventuell zu stärkeren Effekten...“



Hilmar Schneider ist überzeugt: „Eine Kopfsteuer beeinflusst das Arbeitsangebot nicht.“

Den abschließenden Vortrag „**Arbeitsangebotseffekte und fiskalische Auswirkungen eines allgemeinen Sozialabgabenfreibetrags**“ hielt **Hilmar Schneider** (IZA). Neu an dieser Untersuchung einer Abgabensenkung sind insbesondere eine differenziertere Unterscheidung der Arbeitszeitkategorien, die Berücksichtigung von Arbeitszeitentscheidungen im Haushaltskontext, eine exakte Bestimmung der Transitionswahrscheinlichkeiten, die Berücksichtigung von Anpassungsreaktionen auf die Gegenfinanzierung sowie eine wohlfahrtsanalytische Bewertung. Das Fazit des Referenten: „Ohne Gegenfinanzierung erreicht der Reformvorschlag die ihm zuge dachte Wirkung... Bei Gegenfinanzierung durch eine Pauschalsteuer bleibt die Wirkung weitgehend erhalten; im Durchschnitt kommt es jedoch zu einem leichten Wohlfahrtsverlust. Bei Gegenfinanzierung durch eine Konsumsteuer geht die Wirkung drastisch zurück, der Volumeneffekt ist sogar negativ und im Durchschnitt gibt es deutliche Wohlfahrtsverluste.“

In seinem **Korreferat** wies **Wolfgang Ochel** (ifo) darauf hin, dass die Senkung von Sozialabgaben allein zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich nicht ausreicht.